

## **Konsolidierungsvertrag**

### **zur Teilnahme am Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (KEF-RP)**

**zwischen**

dem Land Rheinland-Pfalz,  
vertreten durch  
die Kreisverwaltung Donnersbergkreis

**und**

der Ortsgemeinde Schönborn  
vertreten durch Ortsbürgermeister Klaus Braun

### **Präambel**

Zum Abbau der in der Vergangenheit aufgelaufenen hohen Verbindlichkeiten der kommunalen Gebietskörperschaften aus der Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung wurde am 22. September 2010 von Ministerpräsident Kurt Beck und den Vorsitzenden der kommunalen Spitzenverbände die Gemeinsame Erklärung zum "Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (KEF-RP)" (im Folgenden: „Rahmenvereinbarung“) unterzeichnet. Der KEF-RP soll ein Maximalvolumen von 3,825 Mrd. Euro aufweisen und über eine Laufzeit von 15 Jahren ab 2012 jährlich bis zu 255 Mio. Euro aufbringen, um damit bis zu zwei Drittel der Ende 2009 bestandenen kommunalen Liquiditätskredite zu tilgen und die fälligen Zinsen zu decken.

Die Finanzierung des Fonds erfolgt zu einem Drittel durch das Land aus Mitteln des allgemeinen Landeshaushalts, zu einem weiteren Drittel durch die Solidargemeinschaft aller rheinland-pfälzischen Gemeinden und Gemeindeverbände aus Mitteln des kommunalen Finanzausgleichs und zum restlichen Drittel durch die teilnehmenden Kommunen selbst über eigene Konsolidierungsbeiträge. Nähere Einzelheiten zum Vollzug des Entschuldungsprogramms sind in dem zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und dem Land abgestimmten „Leitfaden zur Umsetzung des Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (KEF-RP)" (im Folgenden: „Leitfaden“) geregelt.

Der Abschluss des vorliegenden Konsolidierungsvertrages ist Voraussetzung für die Teilnahme am KEF-RP. In dem Konsolidierungsvertrag werden die wesentlichen Bedingungen der Programmteilnahme festgelegt, insbesondere wird der Konsolidierungsbeitrag der teilnehmenden Kommune bezüglich seiner Höhe und der zu seiner Realisierung vorgesehenen Konsolidierungsmaßnahmen konkretisiert.

## § 1 Teilnahme am KEF-RP

In Anerkennung der in der Rahmenvereinbarung und im Leitfaden festgelegten Regelungen sowie unter Berücksichtigung der nachstehenden Konsolidierungszusagen vereinbaren die Vertragsparteien vorbehaltlich des Inkrafttretens des Landesgesetzes zur Änderung finanzausgleichsrechtlicher Vorschriften die Aufnahme der teilnehmenden Kommune in den KEF-RP. Der teilnehmenden Kommune werden Entschuldungshilfen aus dem Programm in Aussicht gestellt. Insbesondere unter der Voraussetzung einer erfolgreichen Umsetzung der kommunalen Konsolidierungszusagen im Haushaltsvorjahr erfolgt die Bewilligung von Zuweisungen auf den jährlich zu stellenden Antrag der teilnehmenden Kommune für das Haushaltsjahr durch einen Bewilligungsbescheid der zuständigen Bewilligungsbehörde.

## § 2 Leistungen aus dem KEF-RP, Konsolidierungsbeitrag, Konsolidierungsergebnis

(1) Der im Rahmen des KEF-RP maßgebliche Liquiditätskreditbestand der teilnehmenden Kommune beläuft sich auf 100.220,87/Euro. Er wird mit einem Anteil von 78,26 v.H. als Gesamtleistung aus dem KEF-RP berücksichtigt und beträgt für die teilnehmende Kommune über die Laufzeit von 15 Jahren unter Berücksichtigung aller drei Finanzierungsanteile 78.432,85/Euro, die Jahresleistung beläuft sich folglich auf 5.228,86/Euro.

(2) Die teilnehmende Kommune verpflichtet sich, ihre eigenen Konsolidierungsmöglichkeiten in dem Umfang auszuschöpfen, dass jährlich mindestens ein Drittel der auf sie entfallenden Jahresleistung des Entschuldungsfonds durch eigene Konsolidierungsanstrengungen aufgebracht wird. Der jährliche kommunale Drittelanteil der teilnehmenden Kommune beläuft sich danach auf mindestens 1.742,95/Euro (Konsolidierungsbeitrag).

(3) Die teilnehmende Kommune verpflichtet sich, ihren Bestand an Liquiditätskrediten jährlich mindestens in Höhe von 80 v. H. der auf sie entfallenden Jahresleistungen des KEF-RP zu vermindern (Konsolidierungsergebnis). Soweit diese Mindest-Nettotilgung in besonderen Einzelfällen ausnahmsweise trotz der Entschuldungshilfen und einer strengen Haushaltsdisziplin nicht realisiert werden kann, müssen die bestehenden Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von Liquiditätskrediten bzw. die Begründung neuer Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von Liquiditätskrediten wenigstens im möglichen Umfang vermindert werden.

### **§ 3**

#### **Konsolidierungsmaßnahmen**

(1) Der zugesagte eigene Konsolidierungsbeitrag in der in § 2 Abs. 2 genannten Höhe wird durch die nachstehenden Einzelmaßnahmen (Maßnahmen sind zeitlich, inhaltlich und hinsichtlich ihres Anteils an dem insgesamt geschuldeten Konsolidierungsbeitrag zu konkretisieren) realisiert werden:

- siehe Anlage -

(2) Wird nachträglich festgestellt, dass die Konsolidierungsmaßnahmen zur Erzielung des kommunalen Konsolidierungsbeitrags unzureichend sind oder treten durch spätere Entscheidungen der zuständigen kommunalen Organe Änderungen bei den vorgesehenen Konsolidierungsmaßnahmen ein, so sind ausbleibende Konsolidierungseffekte durch alternative Maßnahmen aufgrund kommunalpolitischer Entscheidungen im Einvernehmen mit der Kommunalaufsichtsbehörde vollständig zu kompensieren.

### **§ 4**

#### **Kündigung oder Aussetzung des Konsolidierungsvertrages**

(1) Um den angestrebten Entschuldungseffekt sicherzustellen, kommt innerhalb der Laufzeit des Vertrages, vorbehaltlich der Absätze 2 und 3, eine vorzeitige Kündigung nicht in Betracht.

(2) Wird unter Einbeziehung von Kompensationsmaßnahmen der erforderliche kommunale Konsolidierungsbeitrag gemäß § 2 Abs. 2 nicht realisiert und zwischen der teilnehmenden Kommune und der Aufsichtsbehörde auch keine Einigung über einen nachträglichen Ausgleich erzielt, so kann der Konsolidierungsvertrag nach Anhörung der teilnehmenden Kommune vom Land ohne Einhaltung einer Frist gekündigt werden. Entsprechendes gilt, wenn die teilnehmende Kommune ihre Pflichten zur jährlichen Beantragung der Entschuldungshilfe bzw. zum Konsolidierungsnachweis verletzt. Im Falle einer Kündigung kommen für das laufende Haushaltsjahr noch nicht ausgezahlte Bewilligungsmittel nicht mehr zur Auszahlung. Eine Rückforderung bereits gezahlter Entschuldungshilfen nach Maßgabe der Regelungen des Zuwendungsbescheids bleibt vorbehalten. Anstelle der Kündigung kommt einmalig auch eine Aussetzung des Vertrages für ein Jahr in Betracht, wenn davon ausgegangen werden kann, dass die teilnehmende Gemeinde ihren Konsolidierungsbeitrag nach Ablauf der Aussetzungsfrist wieder erbringt.

(3) Wenn das Konsolidierungsergebnis gemäß § 2 Abs. 3 Satz 1 nicht erreicht wurde und im Rahmen der Ausnahmebestimmung des § 2 Abs. 3 Satz 2 auch nicht ausreichend dargelegt und begründet wurde, dass die bestehenden Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von Liquiditätskrediten bzw. die Begründung neuer Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von Liquiditätskrediten wenigstens im möglichen Umfang vermindert wurden, gilt Abs. 2 Satz 1, 3 und 4 entsprechend.

**§ 5**  
**Konsolidierungsnachweis**


Die teilnehmende Kommune informiert die zuständige Aufsichtsbehörde jeweils zum 30. November des Haushaltsjahres unaufgefordert über die erreichte Umsetzung des Konsolidierungsvertrages im Haushaltsvorjahr. Dies betrifft sowohl den Konsolidierungsbeitrag (Vorlage der entsprechenden Anlage zum Jahresabschluss) als auch den erzielten Stand der Liquiditätskreditbelastungen (Vorlage des Konsolidierungspfades gemäß Muster 5 des Leitfadens). Die Nachweise und der Konsolidierungsvertrag werden gleichzeitig auf der Internetseite der teilnehmenden Kommune eingestellt.

**§ 6**  
**Laufzeit des Vertrages**

Dieser Konsolidierungsvertrag tritt am 1. Januar 2012 in Kraft und endet spätestens am 31. Dezember 2026 bzw. mit Ablauf des Haushaltsjahres, in dem der Umfang der Liquiditätskredite der teilnehmenden Kommune unter Berücksichtigung der auf den eigenen Haushalt entfallenden Zahlungsmittelbestände erstmals auf ein Drittel des Standes zum 31. Dezember 2009 vermindert wurde, soweit nicht ausnahmsweise ein unmittelbarer Wiederanstieg der Liquiditätskredite absehbar ist.

**Kirchheimbolanden, 15.02.2012**  
**Kreisverwaltung Donnersbergkreis**

**Schönborn, 15.02.2012**

  
.....  
**Winfried Werner**  
**Landrat**

  
.....  
**Klaus Braun**  
**Ortsbürgermeister**

# Anlage zu § 3 des Konsolidierungsvertrages zur Teilnahme am Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (KEF-RP)

Jährlicher Konsolidierungsbeitrag der Ortsgemeinde Schönborn für den Entschuldungsfonds		1.742,95 €						
Maßnahmen zur Erbringung des Konsolidierungsbeitrages								
Produkt	Leistung	Beschreibung	Sach-Konto	Sachkontobezeichnung	mögliche Maßnahmen für Entschuldungsfonds	Ansatz 2012	mögliche Einsparungen ab 2012	möglicher Mehrertrag ab 2012
1110	11101	Verwaltungssteuerung	569200	Verfügungsmittel	Streichung des Ansatzes (Ansatz wird nicht mehr zur Verfügung gestellt)	100,00 €	100,00 €	
1110	11103	Repräsentation	569300	Repräsentation	Reduzierung des Ansatzes auf 200 € (Präsente günstiger, größere Intervalle)	300,00 €	100,00 €	
1114	11140	Gremien	506990	Präsente/Weihnachtsessen Ratsmitglieder	Reduzierung des Ansatzes auf 50 EUR (Weihnachtsessen wird von OB gezahlt)	150,00 €	100,00 €	
6110	61101	Steuern	401100	Grundsteuer A	Erhöhung Hebesatz auf 340 % aktueller Hebesatz 300% <b>möglicher Mehrertrag</b> 10% Erhöhung entspricht etwa 110 € Mehrertrag	3.300,00 €		440,00 €
6110	61101	Steuern	401200	Grundsteuer B	Erhöhung Hebesatz auf 370 % aktueller Hebesatz 338% <b>möglicher Mehrertrag</b> 10% Erhöhung entspricht etwa 245 € Mehrertrag	8.280,00 €		780,00 €
6110	61101	Steuern	403300	Hundesteuer	Erhöhung Steuerhebesätze aktuelle Steuerhebesätze 1. Hund - 36 EUR, Anzahl 1. Hunde = 18 2. Hund - 48 EUR, Anzahl 2. Hunde = 5 ab 3. Hund - 60 EUR Anzahl 3. Hunde = 13 <b>Erhöhung Hebesätze auf</b> 1. Hund - 54 EUR, Anzahl 1. Hunde = 18 2. Hund - 66 EUR, Anzahl 2. Hunde = 5 ab 3. Hund - 78 EUR Anzahl 3. Hunde = 13 <b>möglicher Mehrertrag</b>	1.500,00 €		640,00 €
						300,00 €	1.860,00 €	
						<b>Konsolidierungsbeitrag p.a.</b>		<b>2.160,00 €</b>
						<b>Diff.</b>		<b>417,05 €</b>
<b>Sonstige Vereinbarungen im Konsolidierungsvertrag:</b>								

Produkt	Leistung	Beschreibung	Sach-Konto	Sachkontobezeichnung	mögliche Maßnahmen für Entschuldungsfonds	Ansatz 2012	mögliche Einsparungen ab 2012	möglicher Mehrertrag ab 2012
Künftige Grundstücks-/Bauplatzverkäufe, die nicht über langfristige Verbindlichkeiten finanziert sind, werden als außerordentliche Konsolidierungsbeiträge anerkannt.								

**Kommunaler Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz**  
**Ermittlung der Gesamt- und der Jahresleistung für die**  
**Ortsgemeinde Schönborn**

<b>Verbindlichkeiten ggü. der Verbandsgemeinde (Anteil am Kredit zur Liquiditätssicherung) zum 31.12.2009</b>	115.640,35 €
<b>Bereinigter Stand (./. Vorfinanzierungen von Investitionen zzgl. Wirtschaftswegeüberschüsse)</b>	100.220,87 €
<b>Teilnahmebetrag (Quotierung von 78,26%)</b>	<b>78.432,85 €</b>

<b>Konsolidierungsbeiträge</b>	<b><i>insgesamt</i></b>	<b><i>p.a.</i></b>
1/3 vom Land	26.144,28 €	1.742,95 €
1/3 aus dem kommunalen Finanzausgleich	26.144,28 €	1.742,95 €
<b>1/3 von der OG Schönborn</b>	<b>26.144,28 €</b>	<b>1.742,95 €</b>
	78.432,85 €	5.228,86 €

unter der Annahme, dass

Tilgungsbetrag (80%)                      62.746,28 €  
 Zinsbetrag (20%)                              15.686,57 €

Restschuld am 31.12.2026 (nach 15 Jahren)                      37.474,59 €  
 Tilgungsanteil insgesamt    62,61%





	31.12.2009	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2026
Zielgröße	40.224	96.038	91.855	87.672	83.489	79.305	75.122	70.939	66.756	62.573	58.390	54.207	50.024	45.841	41.658	37.475
Ist-Größe	40.224	96.038	91.855	87.672	83.489	79.305	75.122	70.939	66.756	62.573	58.390	54.207	50.024	45.841	41.658	37.475

### Konsolidierungspfad der Gemeinde Schönborn im KEF-RP, 2012 bis 2025, in Euro

